

NACHRICHTEN

Autofahrer bei Selbstunfall verletzt

Lampenberg | Ein Autofahrer ist am Montag in Lampenberg von der Fahrbahn abgekommen und gegen einen Baumstrunk gekracht. Der 44-Jährige zog sich leichte Verletzungen zu und wurde zur Kontrolle ins Spital gebracht. Der Lenker sei kurz vor 9 Uhr auf der Hauptstrasse talwärts Richtung Lampenberg-Station/Liestal unterwegs gewesen, teilte die Baselbieter Polizei mit. In einer leichten Rechtskurve habe er aus noch nicht geklärten Gründen die Herrschaft über sein Fahrzeug verloren. Dieses sei ins Schleudern geraten und am abfallenden linksseitigen Strassenbord an einem Baumstrunk zum Stillstand gekommen. **sda.**

Neue Alternative bei Franz-Lehrmittel

Baselbiet | Ab dem Schuljahr 2021/22 steht den Lehrerinnen und Lehrern im Kanton Baselland für den Französischunterricht zusätzlich das Lehrmittel «ça roule» vom Verlag Klett und Balmer zur Verfügung. Dies hat der Baselbieter Bildungsrat auf Antrag der Lehrmittelkommission entschieden. Neben dem bestehenden Lehrmittel «Mille feuilles» bestehe nun eine gute Alternative für den Französischunterricht von der 3. bis 6. Klasse der Primarschule, teilte die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion am Freitag mit. Bei «ça roule 3-6» handle es sich um ein sehr gut strukturiertes und praxistaugliches Lehrmittel. Die bisherige Lücke für die 3. und 4. Klasse könne nun damit geschlossen werden. «Mille feuilles» ist seit seiner Einführung vor rund zehn Jahren als Französisch-Lehrmittel umstritten. Besonders in der Kritik steht der neuartige Ansatz des Lehrmittels. So sollen Kinder und Jugendliche nicht mehr systematisch Grammatik und Wortschatz büffeln, sondern dies anhand von alltäglichen Situationen «en passant» mitlernen. **sda.**

Regierung prüft Tagesschulen-Ausbau

Baselbiet | Die Baselbieter Regierung soll in den Gemeinden die flächendeckende Einführung von Tagesschulen auf Primarstufe prüfen. Der Landrat hat am Donnerstag ein entsprechendes CVP-Postulat mit 47 zu 34 Stimmen bei 1 Enthaltung an die Regierung überwiesen. Eltern sollen sich gemäss dem Postulat einkommensabhängig an den Kosten der Tagesschulen beteiligen. Auch soll geprüft werden, ob und wie sich der Kanton an der Finanzierung eines solchen Projekts beteiligen könnte. Die CVP-Landrätin begründete ihren Vorstoss damit, dass Tagesschulen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen würden. Gegen die Überweisung sprachen sich die Fraktionen SVP und FDP aus. Dies unter anderem mit der Begründung, dass die Gemeinden bei entsprechender Nachfrage selber ein solches Angebot schaffen könnten und eine flächendeckende Einführung zu teuer wäre. **sda.**

Güterwaggon bei Rheinhäfen entgleist

Birsfelden/Muttentz | Bei einer Kollision zweier Rangiereinheiten zwischen dem Birsfelder Hafen und dem Muttentzer Auhafen ist am Freitagmorgen ein mit Diesel beladener Güterwaggon entgleist. Verletzt wurde niemand. Die entsprechende Meldung sei um 8.41 Uhr bei der Einsatzzentrale der Baselbieter Polizei eingegangen, teilte der Kantonale Krisenstab mit. Bei der Kollision mit geringer Geschwindigkeit wurde ein mit Diesel beladener Güterwaggon leicht beschädigt. Aus dem Kesselwagen sei jedoch keine Flüssigkeit ausgetreten. **sda.**

Zinserlass für Vermieter

Liestal | BLKB motiviert zum Mietverzicht

Die Basellandschaftliche Kantonbank nimmt ihre Rolle als «Staatsbank» in der Krise wahr und erlässt Liegenschaftsbesitzern, die Räumlichkeiten an Gewerbetreibende vermieten, bis Mitte Jahr die Hypothekarzinsen. Dies, falls sie auf ein Drittel der Miete verzichten.

Tobias Gfeller

Neben den Covid-Krediten, Soforthilfen und den Härtefallgeldern ist die Dreidrittelslösung im Kanton Baselland das wichtigste Werkzeug, um KMU in der Krise zu helfen. Willigt der Liegenschaftsbesitzer ein und verzichtet auf einen Drittel seiner Miete, übernimmt der Kanton auf Gesuch – falls die Voraussetzungen erfüllt sind – ein weiteres Drittel der Miete, wodurch das betreffende Unternehmen entlastet wird.

Die Basellandschaftliche Kantonbank (BLKB) bietet Hypothekarkundinnen und -kunden, die einem Unternehmen Räumlichkeiten vermieten, neu an, im ersten Halbjahr 2021 auf die Hypothekarzinsen zu verzichten und die Amortisationszahlungen für den Hypothekarkredit aufzuschieben, wenn diese mindestens auf ein Drittel der Miete verzichten. Dabei spiele es keine Rolle, ob der Kanton in diesen Deal im Rahmen der Dreidrittelslösung involviert ist, erklärt Beat Röthlisberger, Leiter des Geschäftsbereichs Unternehmenskundenberatung und Mitglied der Geschäftsleitung. Denn längst nicht alle Liegenschaftsbesitzer und KMU könnten vom kantonalen Angebot oder von Bundesgeldern profitieren.

«Denjenigen, die weitere Unterstützung benötigen, möchten wir Zugang zu einer solidarischen Lösung ermöglichen, zu der wir auch unseren Teil beitragen.»

Die Covid-Kredite waren vor allem zu Beginn ein wichtiges Mittel zur schnellen Liquiditätsbeschaffung, doch immer mehr Kredite können für Unternehmen nicht die Lösung sein, gibt Röthlisberger zu bedenken. «Als verantwortungsvolle Kreditgeber wissen wir, dass Kredite kurzfristig die Liquidität sicherstellen, aber mittelfristig zum Problem werden können, wenn die Firmen diese nicht aus eigener Kraft zurückzahlen können.» So entschied sich die BLKB-Leitung dazu, ihren Liegenschaftsbesitzern in ihrem Kundenportfolio einen Anreiz zu geben, den Geschäften entgegenzukommen.

Zunehmende Verschuldung

Beat Röthlisberger befürchtet, dass eine zu hohe Verschuldung einzelne KMU in der Weiterentwicklung blockieren könnte. «Sie werden die Schulden noch lange mit sich tragen. Das kann Themen wie Wachstum oder Nachfolge behindern.» Der Leiter des Geschäftsbereichs Unternehmenskundenberatung schliesst deshalb nicht aus, dass für einen Teil der Kreditschulden eine einheitliche Lösung mit dem Bund gefunden werden muss.

Die BLKB nimmt in dieser Form nicht zum ersten Mal in der Coronavirus-Pandemie ihre Verantwortung als «Staatsbank» wahr. Gleich zu Beginn im vergangenen Frühjahr handelte sie mit dem Kanton eine Speziallösung für Unternehmen aus, die aber zum Grossteil durch die

Bundesverordnung ersetzt wurde. «Natürlich haben wir als Kantonbank eine spezielle Verantwortung in der Krise», betont Beat Röthlisberger. «Es ist Teil des Staatsauftrags – unsere «Raison d'être» –, zum Gewerbe zu schauen, so gut es geht.»

Erst 18 Gesuche genehmigt

Bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) begrüsst man das Engagement der BLKB. «Die BLKB greift mehrere relevante Punkte auf: So sind auch die Besitzer von Immobilien durch die Krise betroffen», betont Sprecher Rolf Wirz. Mit dem Entgegenkommen der BLKB würden Immobilienbesitzer motiviert, sich gegenüber den Mietern kulant zu zeigen. «Schliesslich entlastet das Programm die betroffenen Unternehmen im ersten Halbjahr 2021 und ergänzt damit die Kantonslösung von 2020.» Rolf Wirz würdigt generell das Bestreben von Unternehmen, die sich gegenseitig unter die Arme greifen und kulant zeigen, wodurch am Ende auch Lieferanten- und Kundenbeziehungen aufrechterhalten blieben. «Strategisch denkende Unternehmer tun genau das.»

Bei der Dreidrittelslösung des Kantons ist die Ausbeute bisher überschaubar. Stand Ende vergangener Woche wurden 18 Gesuche genehmigt, die kantonale Unterstützungsleistungen von insgesamt 150 000 Franken ausmachen. Die definitive Zahl der eingegangenen und genehmigten Gesuche steht aber erst Ende Februar fest. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion geht davon aus, dass rund 60 Prozent der Gesuche genehmigt werden können.

Energierregion in den Startlöchern

Liestal/Frenkentäler | Elf Gemeinden planen gemeinsames Projekt

Die Gemeinden Liestal, Lupsingen und Reigoldswil sind die einzigen Mitglieder mit dem Energiestadtlabel im Gemeindeverbund Liestal Frenkentäler plus (RLF+). Das soll sich ändern. Der Verbund plant, im Energiebereich gemeinsam Projekte umzusetzen und die «Energierregion RLF+» zu schaffen.

Willi Wenger

Der Gemeindeverbund Liestal Frenkentäler plus (RLF+) will vorwärtmachen mit seiner «Energierregion RLF+». Am 1. März startet das Projekt der elf Mitgliedsgemeinden Arisdorf, Bubendorf, Hölstein, Liestal, Lupsingen, Niederdorf, Ramlinsburg, Reigoldswil, Seltisberg, Titterten und Ziefen. Es gehe darum, gemeinsam als Region Energieprojekte umzusetzen, sagt Projektleiter Thomas Fink von der Enco Energie-Consulting AG in Liestal. Fritz Sutter, Gemeindepräsident von Reigoldswil und Vorsitzender des RLF+, ergänzt: «Unsere Vision basiert auf dem vor vier Jahren beschlossenen Modellvorhaben und dem daraus entwickelten Zukunftsbild.» In diesem sei das Thema Energie prominent festgehalten. Und, so Sutter, es sei das erklärte Ziel aller, bei künftigen Bauprojekten die Energie entsprechend zu berücksichtigen.

Die Gemeinden Liestal, Lupsingen und Reigoldswil sind mit dem Label Energiestadt ausgezeichnet und setzten bereits gezielt Projekte im Energiebereich um. Sie genossen dabei als Mitglieder des schweizerischen Trägervereins Energiestadt Vorteile. Sie konnten beispielsweise auf externe Berater zurückgreifen oder von den Erfahrungen der rund 450 «Energiestadt»-Gemeinden in der Schweiz profitieren. Das alles sei gut und recht gewesen, sagt Sutter. «Aber wir wollen mehr. Wir wollen erreichen, dass wir als Energierregion von der zuständigen Bundesbehörde, dem Bundesamt für Energie, anerkannt werden. Dazu brauchen wir kein neues Label des Trägervereins Energiestadt.» Das Programm

RLF+-Präsident Fritz Sutter hofft, dass die «Energierregion» umgesetzt werden kann.

Bild Willi Wenger



«Energie-Region» hat keinen direkten Zusammenhang mit dem Label Energiestadt. Die umgesetzten Massnahmen im Energiebereich als Gemeinde oder Region seien jedoch inhaltlich gleich, so Fink.

Ziel sind Bundesgelder

«Unser Ziel ist es, dass wir vom Bundesprogramm «Energierregion» finanziell unterstützt werden und in den Frenkentälern von Bundesgeldern profitieren können», blicken Fink und Sutter gemeinsam in die Zukunft. Diese Mittel würden aus dem Unterstützungsprogramm «Energierregion 2022» des Bundesamts für Energie kommen. Aber es gehe nicht nur ums Geld, es gehe auch darum, dass künftig nicht alle Gemeinden bei null anfangen müssen, wenn sie ein Projekt vor Augen hätten. «Im Speziellen bei gemeindeübergreifenden Vorhaben wie bei Schulgebäuden oder dem öffentlichen Verkehr. Es sollen aber auch die einzelnen Verwaltungen und damit die Gemeindehaushalte durch gemeinsame Aktivitäten entlastet werden», so Sutter.

Er ist guter Dinge, dass die «Energierregion RLF+» gute Chancen hat, beim Bund zu punkten. Mehr Gewicht werde man letztlich auch gegenüber externen Partnern wie unter anderem bei Elektro-Genossenschaften oder beim

Kanton haben. Die Eingabe des Antrags «Energierregion» beim Bund ist im Herbst dieses Jahres vorgesehen und die Umsetzung des ersten, noch nicht definierten Projekts im ersten Quartal 2022.

Noch nicht in trockenen Tüchern

Politisch ist die «Energierregion RLF+» allerdings noch nicht beschlossene Sache. Ob letztlich Gemeinderatsbeschlüsse genügen oder ob die Stimmberechtigten an einer «Gmäini» darüber abstimmen müssen, steht nicht abschliessend fest. Andreas Appenzeller, Gemeinderat in Hölstein, sagt, dass voraussichtlich entsprechende Beratungen in den Exekutiven genügen werden.

Appenzeller sagt zur «Volksstimme» auch, dass er als Politiker seit Langem das Ziel verfolge, nachweisbare und vorbildliche Energiepolitik unter einem Dach zu bündeln. Die anstehende Ausgeordung in den RLF+-Gemeinden soll deshalb vieles klären. So unter anderem die aktuellen Aktivitäten, die möglichen Energieprojekte sowie den Mehrwert und die Vorteile.

Sutter legt beim Ganzen im Übrigen Wert darauf, dass die Bevölkerung laufend über alle Vorhaben informiert wird. «Tue Gutes und sprich darüber», könne hier eins zu eins umgesetzt werden, sagt der zuversichtliche Sutter.